

Ein unterirdisches Projekt soll geprüft werden

In der Diskussion präsentierte FDP-Fraktionspräsident Urs Kramer die Stellungnahme seiner Fraktion. Das Projekt Prinz von Tarent löse differenzierte, mehrheitlich negative Gemütsbewegungen aus wie Überraschung, Enttäuschung, Ablehnung, Zorn, Wut. «Wir wollen eine Zukunft für ein Parkhaus Viehmarkt, das wir brauchen, unterstützen, finanziell tragen können und das zu den Ringmauern und zum Stedtli passt», sagte Urs Kramer. Das Siegerprojekt mit der oberirdischen Bauweise, der geplanten Ausfahrt an der Meylandstrasse sei wegen der Ausführung umstritten.

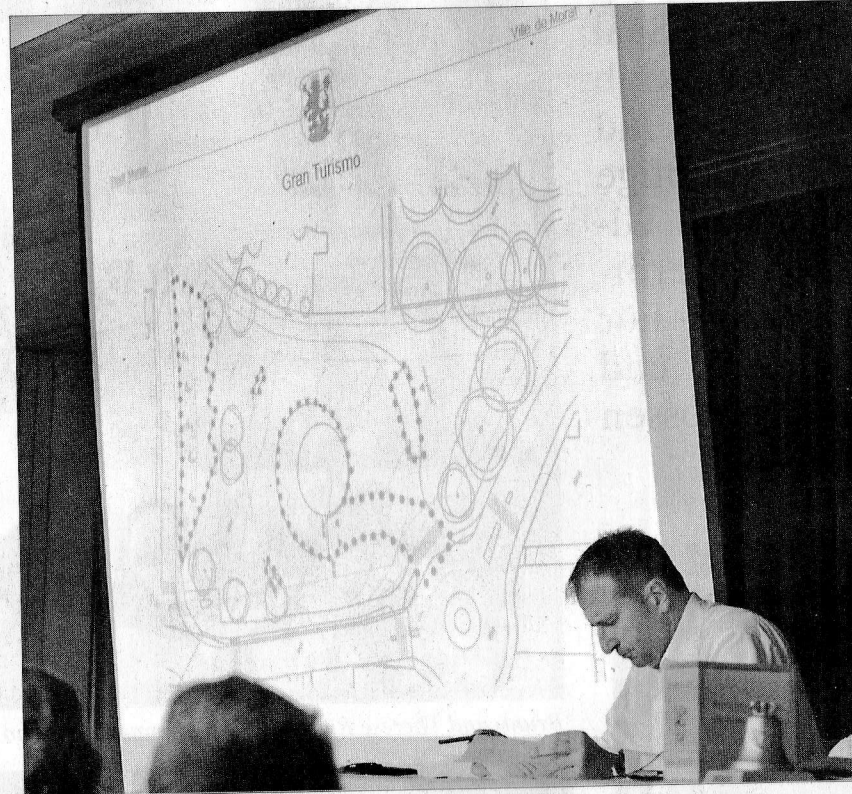
«Führt in die Sackgasse»

Bei Zustimmung werde das Projekt ohne breite Abstützung zur Baureife geplant. «Bei Ablehnung wird voraussichtlich für lange Zeit kein Parkhaus Viehmarkt gebaut und damit unter anderem auch keine Begegnungszone realisiert», so Urs Kramer. Die Bevölkerung konnte sich zu der Planung des Verkehrsregimes und zur Begegnungszone äussern, nicht aber zu den Kriterien des Wettbewerbs, geschweige denn zum Prinz von Tarent. Auch das gehe nicht, fügte er an. Die FDP-Fraktion verlangt ein «gänzlich unterschiedliches Projekt» auf dem Viehmarkt als Entscheidungsgrundlage für den Generalrat, mit Vorgehensplan. Der Gemeinderat muss ebenfalls eine rechtlich verbindliche Prüfung der finanziellen Konsequenzen im Falle der Ausführung eines anderen als des jetzigen Siegerprojektes präsentieren. Weiter muss dieser die Planungsgrundlagen der Baukosten von beiden Varianten – oberirdisch und unterirdisch – erarbeiten sowie die Finanzierungsmöglichkeiten durch Gemeinde, Dritte oder durch beide aufzeigen. Verlangt wird zudem das Aufzeigen der Auswir-

kungen auf den Cashflow und die Verschuldung. «Die Frage, ob wir uns ein unterirdisches Parkhaus Viehmarkt heute leisten können, werden wir mit der Auftragserfüllung des Gemeinderates beantworten», so Urs Kramer. Viele andere Investitionen wie die Schulhausrenovation, der Spitalum- und -neubau oder das Feuerwehrlokal stehen ebenfalls auf der Liste. «Eine Steuererhöhung kommt aber für die FDP-Fraktion für ein Parkhaus Viehmarkt nicht in Frage», warnte Urs Kramer.

«Bevölkerung besser informieren»

Generalrätin und SVP-Fraktionspräsidentin Susi Moser Sutter unterstützte den Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion insbesondere, weil beispielsweise im Finanzplan «lediglich 3 Millionen Franken» für das Parkhaus vorgesehen seien. Mit Vehemenz spricht sie sich gegen eine «allfällig geplante oder plötzlich notwendig werdende Steuererhöhung» für die Finanzierung des Parkhauses aus. Der SVP gehe es nicht um eine Variantendiskussion. Sie bat jedoch den Gemeinderat zu prüfen, ob bei der Planung ein kleinerer Detaillierungsgrad zu einer günstigeren Planungsvariante führen könnte und ob damit eine approximative Kostenschätzung gemacht werden könnte. «Unserer Meinung nach sollte dies möglich sein, wie Rückfragen bei ausgewiesenen Fachleuten ergeben haben», betonte Susi Moser. Zudem soll der Gemeinderat mit der Rückweisung mehr Zeit haben, die Bevölkerung besser über das Projekt zu informieren und zu sensibilisieren. Damit könne die Akzeptanz in der Bevölkerung gesteigert werden. Auch das Parkplatzmanagement im Stedtli müsse geschäftsfreundlicher gestaltet und entsprechende Anpassungen vorgenommen werden. «Noch nie ist in Murten



Eines der vier unterirdischen Projekte, die nicht ausgewählt wurden

der Bau des Parkhauses Ost in so greifbarer Nähe gewesen wie jetzt», meinte sie zum Schluss. Im Falle einer Ablehnung des Rückweisungsantrags und des Planungskredites bleibe in Murten alles beim Alten und eine neue, jahrelange und kostenintensive Planung stehe bevor.

«Ein mächtiger Fremdkörper»

CVP-Generalrat Hugo Wanner sagte, dass es sich um das wichtigste Geschäft im Generalrat in den letzten 15 Jahren gehandelt habe. Umso mehr zeigte er sich enttäuscht über das Siegerprojekt Prinz von Tarent. «Vielen Murtnern und Murtnern gefällt das Projekt nicht. Es ist ein mächtiger Fremdkörper in dieser Zone», so Hugo

Wanner. In Anbetracht der Tatsache, dass das Parkhaus auf das Gesamte gesehen nur etwa 150 neue Parkplätze schaffe, seien die Kosten viel zu hoch. Die CVP-Fraktion verlangte detaillierte Angaben respektive Nutzungs- und Finanzierungskonzept sowie ein Reglement. Hugo Wanner erinnerte den Gemeinderat an die Motion Merz, die verlangte, dass die Integration des City-Parkhauses in das städtische Parkregime geprüft werden soll. Die CVP-Fraktion fordere zudem mehr Parkplätze im jetzigen Rahmen. Sie sprach sich sowohl gegen das Projekt Prinz von Tarent wie auch gegen den Planungskredit von 800 000 Franken aus. «Seit zehn Jahren warten wir zudem auf das neue Feuerwehrlokal, das ist

skandalös», schloss er seine Intervention. GLP-Generalrat Roger Nufer erinnerte an die Begleitmassnahmen, die es zu realisieren gebe, wie auch ein einheitliches Parkregime.

Weit entfernt von Bedürfnissen

Das Projekt sei weit entfernt von den Vorstellungen der Detaillisten und Geschäfte von Murten. «Das Projekt Prinz von Tarent ist dazu nicht geeignet», so Roger Nufer. Die GLP-Fraktion stört sich ebenfalls an der Tatsache, dass das Siegerprojekt mit Klinkersteinen aus dem Ausland realisiert werden soll. Die Fraktion sprach sich gegen die Rückweisung wie auch gegen den Nachtragskredit aus.

Visionäre Architektur

SP-Generalrätin Bernadette Hänni und ihre Fraktion bewerteten das Projekt Prinz von Tarent jedoch als richtungsweisend für eine neue architektonische Aussage in Murten. «Das Projekt ist ideal und schmiegt sich perfekt in die Zone des Viehmarktplatzes ein», betonte sie. Von Fachleuten sei dieses Projekt als visionär bezeichnet worden. Der ehemalige Kantonsarchitekt Charles-Henri Lang habe funkelnde Augen bekommen, als sie ihn auf das Projekt in Murten angesprochen habe. «Eine Rückweisung des Projektes und des Nachtragskredites ist nicht verantwortbar. Freuen wir uns auf dieses einmalige Bauwerk», meinte sie abschliessend. SP-Generalrätin Chantal Müller wies darauf hin, dass die SP-Fraktion nach wie vor primär auf eine Realisierung der Begegnungszone hinarbeite. SP-Generalrat Cyrill Pfenninger rechnete den Generalräten vor, dass der von Gemeinderätin Ursula Schneider erwähnte Betrag von rund 14 Millionen Franken als realistische Grösse bezeichnet werden